

Verantwortl. Redakteur: R. D. Köpfer in Stettin.
Verleger und Drucker: R. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk.
vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht
kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Zeile oder deren Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Restanten 30 Pf.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Mittwoch, 6. März 1895.

Annahme von Inseraten Kohlenmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Agenturen in Deutschland: In allen größeren
Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasensteins & Vogler
G. L. Daube, Invalidendank, Berlin Bernh. Arndt, Max
Germann, Elberfeld W. Thienes, Greifswald G. Illies,
Halle a. S. J. A. Bock & Co., Hamburg Joh. Nootbaar, A.
Steiner, William Wilkens, in Berlin, Hamburg u. Frank-
furt a. M. Heine, Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolf & Co.

Neuordnung der preussischen Staatsbahnverwaltung.

Die zum 1. April d. J. eintretende Neuordnung der Staatsbahnverwaltung untersteht sich von den jetzt bestehenden Einrichtungen im Wesentlichen dadurch, daß für Verwaltung und Betrieb des staatlichen Eisenbahnnetzes unter dem Minister der öffentlichen Arbeiten nicht mehr wie bisher zwei Instanzen — Eisenbahn-Direktionen und Eisenbahn-Betriebsämter — wirken werden, sondern nur noch eine Instanz — Eisenbahn-Direktion — bestehen wird. Die untere Instanz der 75 Betriebsämter wird beseitigt, ihre von den früheren Eisenbahn-Direktionen abgetrennten Verwaltungsbefugnisse werden auf die Direktionen zurückübertragen, die fortan Verwaltung und Betrieb der ihnen unterstellten Strecken unter der oberen Leitung des Ministers wiederum unmittelbar führen werden. Die hierdurch bedingte Verkleinerung der gegenwärtigen 11 Direktionsbezirke macht eine Vermehrung der Direktionen auf 20 notwendig. Bisher befanden sich Eisenbahn-Direktionen in Altona, Berlin, Breslau, Bromberg, Köln (2), Elberfeld, Erfurt, Frankfurt a. M., Hannover und Magdeburg. Dazu treten, da von den beiden jetzt in Köln befindlichen Direktionen nur eine dort verbleibt, 10 neue Eisenbahn-Direktionen mit dem Sitz in Rastatt, Danzig, Essen a. d. R., Halle a. d. S., Kattowitz, Königsberg i. Pr., Münster i. Westf., Posen, St. Johann-Saarbrücken und Stettin. Die Eisenbahn-Direktion, die aus einem Präsidenten und der erforderlichen Anzahl von Mitgliedern besteht, liegt unter der oberen Leitung des Ministers der öffentlichen Arbeiten die Verwaltung aller zu ihrem Bezirk gehörenden im Betrieb oder im Bau befindlichen Bahnstrecken ob. Für die Ausführung und Überwachung des betrieblichen Dienstes nach den Anordnungen der vorgesetzten Direktion werden besondere Ausführungsorgane (Eisenbahn-, Verkehrs-, Maschinen-, Verkehrs-, Telegraphen- und Verkehrs-Inspektionen) eingesetzt.

Hand in Hand mit der Umgestaltung der Provinzial-Verwaltungsbehörden geht eine andere Einrichtung der Eisenbahn-Abteilungen des Ministeriums und der staatlichen Aufsichtsorgane für die Privatbahnen. Die Verrückung einer der beiden unteren Instanzen und die Vermehrung der dem Ministerium unmittelbar unterstehenden Direktionen auf nahezu die doppelte Zahl werden eine so erhebliche Geschäftszunahme bei der Zentralstelle herbeiführen, daß die Trennung der bisherigen technischen Abteilung und der Verwaltungsabteilung in je zwei besondere Sektionen, welche gleichberechtigt nebeneinander den ihnen zugewiesenen Geschäftskreis zu bearbeiten, notwendig geworden ist. Es werden daher vom 1. April 1895 ab im Ministerium der öffentlichen Arbeiten an Stelle der bisherigen drei, fünf Eisenbahnabteilungen bestehen und zwar eine für allgemeine Verwaltungsangelegenheiten der Staatsbahnen und für die Staatsaufsicht über die Privatbahnen; eine für allgemeine Finanzangelegenheiten der Staatsbahnen; eine für Verkehrsangelegenheiten der Staatsbahnen; eine für technische Bauangelegenheiten der Staatsbahnen und endlich eine Abteilung für Verwaltungs- und Finanzsachen in Bauangelegenheiten der Staatsbahnen.

An der Spitze von drei Abteilungen werden die bereits vorhandenen drei Ministerialdirektoren stehen. Die Leitung der übrigen beiden Abteilungen soll je einem Dirigenten aus der Zahl der vortragenden Räte (mit dem Range der Räte 1. Klasse und einer Funktionszulage) übertragen werden. Zur Aufrechterhaltung der Einheitlichkeit der Verwaltung in den fünf Abteilungen ist die Bestellung eines Unterstaatssekretärs notwendig und in Aussicht genommen.

Endlich findet eine Umgestaltung der staatlichen Aufsichtsorgane statt. Zur Zeit besteht für die Aufsicht des staatlichen Aufsichtsbereichs über die Privatbahnen — von einigen wenigen Fällen abgesehen, in denen besondere Kommissare bestellt sind — nur eine Provinzialaufsichtsbehörde, das Eisenbahnkommissariat zu Berlin. Der große Umfang seines Amtsbezirks, die große Entfernung der zu beaufsichtigenden Linien von dem Sitz der Aufsichtsbehörde und endlich die Notwendigkeit, den kleineren Bahnen auch sachverständigen Rat und sachverständige Unterstützung zu geben, haben eine Dezentralisation erforderlich gemacht. Durch Allerhöchster Erlass vom 15. Dezember 1894 ist daher die Auflösung des königlichen Eisenbahnkommissariats in Berlin zum 1. April 1895 bestimmt worden. Vom gleichen Tage ab sind vom Minister der öffentlichen Arbeiten die Präsidenten der künftigen Eisenbahndirektionen zu ständigen Kommissarien für die Ausübung des staatlichen Aufsichtsbereichs über die in dem betreffenden Direktionsbezirk gelegenen, bis jetzt der Aufsicht des königlichen Eisenbahnkommissariats zu Berlin unterstehenden Privatbahnen im Sinne des § 46 des Gesetzes über die Eisenbahnunternehmungen vom 3. November 1838 bestellt worden. Die Präsidenten werden die mit der Staatsaufsicht zusammenhängenden Geschäfte unter der Bezeichnung „der königliche Eisenbahnkommissar“. An ihrer Bearbeitung nehmen die mit der ständigen Vertretung des Präsidenten betrauten beiden Direktionsmitglieder (Ober-Regierungsrath, Oberbaureuth) mit beratender Stimme Theil.

Die Neugestaltung des Aufsichtswesens bietet, wie der Geh. Ober-Regierungsrath Dr. Wäde im „Archiv für Eisenbahnen“ auseinanderlegt, den Vortheil, daß die Verhältnisse der Privatbahnen wiederum wie früher von Beamten beurtheilt werden, die den Verhältnissen näher stehen und sich jederzeit mit den Organen der betreffenden Unternehmungen ohne Schwierigkeit und Zeitverlust persönlich benehmen können. Sodann ist die Möglichkeit gegeben, denselben Behörden, deren Präsidenten als Kommissare des Ministers der öffentlichen Arbeiten die Aufsicht über die in ihrem Verwaltungsbezirk belegenen Privatbahnen ausüben, zugleich auch die Wahrnehmung der aus der eisenbahntechnischen Aufsicht nach dem Kleinbahngesetz vom 28. Juli 1892 erwachsenden Geschäfte zu übertragen, worauf besonders auch aus dem Grunde Werth zu legen ist, weil in der Folge voraussichtlich Unternehmer von Eisenbahnen im Sinne des Eisenbahngesetzes vom 3. November 1838 häufig zugleich als Unternehmer von Kleinbahnen auftreten werden.

Deutschland.

Berlin, 6. März. Die von allen Wiener Zeitungen gemeldete, auch vom „Wolfschen Telegraphen-Bureau“ verbreitete Ernennung des Kaisers von Oesterreich zum preussischen Generalfeldmarschall ist im „Mittwochblatt“ unter den amtlichen Personalveränderungen in der Armee nicht bekannt gemacht worden. Die ganze Mitteilung dürfte auf einem Irrthum beruhen, wobei es allerdings auffällig ist, daß ein amtlicher Widerruf nicht erfolgt ist. Die „Reichsp.“, ein militärisches Wiener Blatt, stellt jetzt auf Grund von Mittheilungen aus gut unterrichteten Kreisen fest, daß die Ernennung gar nicht stattgefunden hat. Der deutsche Kaiser habe vielmehr dem Kaiser Franz Josef nur die Abzeichen eines Generalfeldmarschalls übergeben, die er auf den Epauletten tragen solle, wenn er die Uniform der preussischen Regimenter, deren Chef er ist (2. Garde-Grenadier-Regiment und 16. Husaren-Regiment), anlegt. Das militärische Blatt erinnert daran, daß der Prinz von Wales, der ebenfalls Chef eines preussischen Regiments (des 5. Husaren-Regiments) ist, seiner Zeit auch die Abzeichen eines Generalfeldmarschalls erhalten hat, ohne zum preussischen Generalfeldmarschall ernannt zu sein. Es würde, wie hierzu bemerkt sei, überhaupt den Gepflogenheiten der preussischen Armee widersprechen, einen Kaiser oder König mit einer militärischen Charge in den Rufen aufzuführen. Bekanntlich wird auch der König von Sachsen seit seiner Thronbesteigung in der preussischen Rangliste und Dienstaktenliste nicht mehr mit dem Range eines Generalfeldmarschalls, den er 1871 erhalten hatte, aufgeführt.

Nicht nur der Erzherzog Franz Ferdinand von Oesterreich-Este, sondern auch der Erzherzog Eugen von Oesterreich sind zu Chefs preussischer Kavallerie-Regimenter ernannt worden. Ersterer ist Chef der 10. Ulanen, letzterer der 3. Kürassiere geworden.

Das Kürassier-Regiment Graf Wrangel (ostpreussisches) Nr. 3, zu dessen Chef der Erzherzog Eugen von Oesterreich ernannt ist, ist eines der ältesten Regimenter der preussischen Armee. Es ist im Jahre 1717 aus polnisch-litauischen Truppen, die König Friedrich Wilhelm I. dem König August abnahm, gebildet. Seit 1727 steht das Regiment ganz oder theilweise in Königsberg in Preußen; es führte früher die Nr. 2, die es 1823 mit der Nr. 3 vertauschte. 1866 erhielt es als Zusatz zu seiner Bezeichnung den Namen des Generalfeldmarschalls v. Wrangel, der bereits am 16. September 1844 zum Chef des Regiments ernannt war. Wrangel hatte die Freiheitskriege zum Theil in diesem Regiment als Major mitgemacht; unter seiner Führung hatten die Kürassiere 1814 bei Baugcamp und Etoges fünf Mal die feindliche Kavallerie attackirt und sich dann, von allen Seiten umgangen, durch die französischen Truppen durchgeschlagen. An den Kriegen der Neuzeit hat das Regiment nur wenig Antheil gehabt. 1866 stand es bei der Reserve-Kavallerie-Brigade des I. Armee-Korps (2. Armee). Es kam gleich bei Trautaua vor den Feind, ohne sich auszeichnen zu können; dann kämpfte es nur noch bei Königgrätz. 1870-71 gehörte es zur zweiten Kavallerie-Brigade, die unter Generalmajor Baumgarten einen Theil der I. Kavallerie-Division (von Hartmann) ausmachte; es kam eigentlich nur im Januar 1871 in den Kämpfen vor und bei le Mans erheblicher ins Feuer.

Dem Vernehmen nach ist die sogenannte Seebahnabtheilung fertiggestellt und dürfte binnen Kurzem, nachdem die königliche Ermächtigung dazu erteilt sein wird, dem Abgeordnetenhaus vorgelegt werden. Wie bereits in der Chronik angeführt, wird in der Vorlage ein Betrag von mehreren Millionen zur Unterhaltung des Baues von Kleinbahnen eingebracht sein.

In der Montag-Sitzung des Reichstages wurde von einem national-liberalen Abgeordneten mit großer Empfindung von den „berechtigten Ansprüchen der Militär-Invaliden“ geredet. Der Vertreter der Heeresverwaltung entgegnete, daß er in eine Erwiderung, welche Ansprüche „berechtigt“ seien, nicht eintreten wolle, daß aber der Reichstags-Abgeordnete die Mittel zur Befriedigung dieser Ansprüche in keinem Falle biete, indem die noch verfügbaren Zinsen desselben höchstens drei Millionen Mark betragen, während zur Befriedigung der angeblich berechtigten Ansprüche 200 Millionen erforderlich wären.

Es muß eigenthümlich berühren, daß solche Ansprüche, natürlich unter Betonung des bekannten Motivationsmotive, zu einem Zeitpunkt vortreten, wo noch nicht einmal die Kosten der letzten Militär-Vorlage gedeckt sind. Auf der einen Seite forgiert neue Ansprüche wegen Erhöhung der Invalidenbezüge, wegen Verbesserung der Beamteneinrichtungen u. s. w., an die Regierung stellen und auf der anderen Seite die erforderlichen Mittel für bereits genehmigte Ausgaben verlagern, wie solches durch Ablehnung der Gehalts-, Liniungs-, Giro- und Frachtpostensteuern, sowie der Weinsteuer-Vorlage geschehen ist, heißt eine Politik treiben, die zu einem praktischen Resultat nicht führen kann. Zunächst handelt es sich um Deckung der Kosten der Militär-Vorlage; die Herren Abgeordneten halten den Reichstag vollkommen belagert. Im Interesse der Autorität des letzteren ist zu hoffen, daß jene taube Ohren bei ihm finden werden.

Aus Lissabon wird gemeldet: Das Panzerschiff „Vasco da Gama“ wird zur Eröffnung des Nordatlantischen Handels nach Kiel gehen.

Das „Reichs-Gesetz- und Verordnungsblatt“ veröffentlicht das Kirchengesetz über die Besoldungsbeihilfen an Pfarren vom 18. Februar 1895. Das Gesetz bestimmt:

§ 1. Zwecks Befriedigung von Mitteln zur Gewährung von Besoldungsbeihilfen an Pfarren wird alljährlich eine Umlage von einem halben Prozent der von den Mitgliedern der evangelischen Landeskirchen zu zahlenden Staatskirchensteuer erhoben. Zu gleichem Zweck sowie zur Gewährung von Beihilfen zur Errichtung neuer Pfarrstellen haben die Kirchenämter, deren etatsmäßige Sollennahme die etatsmäßige Sollennahme von mehr als ein Drittel der letzteren und wenigstens von dreißig Prozent der letzteren, von dem Reichspunkte 1, mit welchem die auf Grund des § 14 des Kirchengesetzes vom 15. Juli 1889, betreffend die Fürsorge für die Wittwen und Waisen der Geistlichen, stattfindende Bedienung aufhört, drei Jahre lang und zwar sechs Monate nach dem Schluß jedes Rechnungsjahres 10 v. H. des jährlichen Ueberschusses abzuführen.

§ 2. Diese Mittel werden durch den Evangelischen Oberkirchenrath nach Maßgabe eines von ihm unter Zuziehung des Generalsynodalvorstandes aufzustellenden Regulativs verwaltet und verwendet.

§ 3. Der Evangelische Oberkirchenrath wird mit der Ausführung dieses Gesetzes beauftragt.

Wie durch Erlass der Ressortminister vom 24. Juni 1892 festgestellt ist, haben auf Grund des Gesetzes vom 7. Juli 1891 die General-Kommissionen die Genehmigung zur Errichtung von Neuanstellungen und die Umlage von Kolonien an Stelle der durch das Gesetz vom 25. August 1876 bezeichneten Behörden zu erteilen, soweit es sich um durch sie zu begründende Rentengüter handelt. Mit der Prüfung der Frage, ob die Errichtung einer Kolonie stattfinden kann, ist nach dem Gesetz vom 25. August 1876 insbesondere auch die Frage verbunden, wie die Gemeindekirchen- und Schulverhältnisse der Kolonie im öffentlichen Interesse zu ordnen sind, letzteres vorbehaltlich der definitiven Entscheidung der sonst dazu berufenen Instanzen. Für Neubegründung einer Gemeinde z. B. bedarf es landesrechtlicher Genehmigung. Die General-Kommissionen betrachten es dabei, wie wenigstens Erlässe der General-Kommission in Frankfurt a. D. erkennen lassen, als ihre besondere Aufgabe, dafür zu sorgen, daß die neu zu errichtenden kommunalen oder quasi-kommunalen Körperschaften (wie z. B. Schulgemeinden) bei der Ausbringung der Rentengüter mit einer angemessenen Landdotierung für wenigstens theilweise Deckung der Gemeindekosten ausgestattet werden. Neben den etwa aus gemeinwirtschaftlichen Gründen der Kolonie zu überweisenden Grundstücken (Lehm- und Sandgruben, Gemeindegelände u. s. w.) und gegebenenfalls dem Gelände zur Errichtung eines Friedhofs werden daher von der bezeichneten General-Kommission regelmäßig Landdotationen sowohl für neu zu begründende politische als auch für Schulgemeinden, als auch ein angemessener Ausgleich für Mehraufwendungen vorgesehen, welche durch den Anschluß neu zu errichtender Gemeinden an bestehende Schul- und Kirchensysteme entstehen. So ist z. B. die bisher allein im Bereiche dieser Bezirke aus Rentengütern, definitiv begründete Gemeinde Neuenhörn, Kr. Grimmen, bestehend aus 23 Rentengütern außer mit gemeinwirtschaftlichen Anlagen mit einer Landdotation für die politische Gemeinde von 3 Hektar Acker und Wiese ausgestattet worden. Selbst in Fällen, wo die Vermittelung der General-Kommission erst nach Genehmigung der Errichtung der Kolonie in Anspruch genommen und von dem Kreisaußenbüreau bei Ertheilung der Genehmigung die Auflage einer Dotation der kommunalen Körperschaften mit gemacht war, ist die Uebernahme der Vermittelung durch die General-Kommission und Gewährung von Rentenanteilen an die Bedingung nachträglicher Dotierung dieser Körperschaften geknüpft und im Hinblick auf die zahlreichen gewerbsmäßigen Güterfälschereien den beteiligten Verwaltungsbehörden eine gleich intensive Fürsorge für die dem öffentlichen Interesse entsprechende Ordnung der kommunalen Verhältnisse anempfohlen worden. Man wird hieraus die Ueberzeugung gewinnen können, daß die General-Kommissionen sich der ihnen auf dem Gebiete des Anstellungs-Gesetzes von 1876 überkommenen Obliegenheiten in vollem Umfange gewachsen erweisen.

Nach den im 1. Heft des Jahrgangs 1895 der Vierteljahrshefte zur Statistik des deutschen Reichs veröffentlichten Zusammenstellungen über die überseeische Auswanderung im Jahre 1894 betrug die Gesamtzahl der über Bremen, Hamburg, Antwerpen, Rotterdam, Amsterdam und Bordeaux beförderten deutschen Auswanderer 39 204. Davon waren 20 432 männliche, 18 346 weibliche Personen; für 376 Auswanderer ist das Geschlecht nicht angegeben worden. Den Einschiffungshäfen nach vertheilt sich die deutschen Auswanderer wie folgt: Es gingen über Bremen 8881 männliche und 8588 weibliche Personen, Hamburg 8900 und 7397, Antwerpen 2255 und 1903, Rotterdam 587 und 417, Amsterdam 59 und 41, Bordeaux (Männer und Frauen) 26. Von den Auswanderern — mit Ausschluß der über Bordeaux beförderten — reisten 17 187 — darunter 7345 männliche und 9491 weibliche — in Familien, 21 991 — darunter 13 136 männliche und 8855 weibliche — als Einzelpersonen. Als Reiseziel wählten 34 210 die Vereinigten Staaten von Amerika, 1490 Britisch-Nordamerika, 1283 Brasilien, 673 Argentinien; 336 Deutsche gingen nach anderen Theilen von Amerika, 760 nach Afrika, 151 nach Asien und 225 nach Australien. Ein Vergleich der 1894er Zahlen mit denen der Vorjahre ergibt einen ganz bedeutenden Rückgang der Auswanderung. Die Zahl der deutschen Auswanderer, die über die vorgenannten Häfen, sowie über Havre (für welchen Hafen die Angaben für 1894 noch fehlen) befördert wurden, betrug im Jahre 1890: 97 103, 1891: 120 089, 1892: 116 329, 1893: 87 677, dagegen 1894 (ohne Havre) nur 39 204. Von den beiden deutschen Auswanderungsplätzen Bremen und Hamburg (über andere deutsche Häfen fand 1894 keine Auswanderung statt) aus wurden im verflossenen Jahre außer den vorgenannten 35 566 deutschen Auswanderern noch 52 760 Angehörige fremder Staaten befördert. Davon entfallen auf Bremen 30 230, Hamburg 22 530. Der überwiegenden Mehrzahl nach sind diese Personen aus Oesterreich-Ungarn und Rußland (zusammen 15 302 beziehungsweise 17 792) gekommen.

Wilhelmshafen, 5. März. Dem Vernehmen nach hielt Se. Majestät der Kaiser bei der heutigen Referturvernehmung eine Ansprache, in welcher es ungefähr heißt:

Ihr seid hierher gekommen, um den Eid der Treue zu leisten. Es war eine alte Sitte unserer Vorfahren, und galt als heilige Pflicht, den Eid zu erfüllen. So wie ich als Kaiser und Herrscher mein ganzes Thun und Trachten für das Vaterland hingabe, so habt Ihr die Verpflichtung, Euer ganzes Leben für Wirth und Vorgesetzten; denn Ihr habt den Schwur als Christen geleistet, und christlich ist zu Euch durch die beiden Diener Gottes gesprochen worden. Ihr erbt in der Kriegesflamme den Adler, das vornehmste Thier der Welt. Wirth und Vorgesetzte erhebt er sich hoch in die Luft bis unter die Strahlen der Gottesonne, kennt keine Furcht und Gefahr. So auch Euer Thun und Trachten sein. Ihr kommt jetzt in eine Zeit, wo im Ernst des Dienstes die Anforderungen, die an Euch gestellt werden, Euch schwer fallen, wo manche Stunde kommen wird, in der Ihr den Aufgaben nicht gewachsen zu sein glaubt. Dann denkt wieder

darau, daß Ihr Christen seid. Denkt an Euer Eltern, als die Mutter Euch das Vaterunser gelehrt hat. Im Anlande seid Ihr berufen, das Vaterland zu vertreten durch Würdigkeit und gutes Betragen. Unsere Marine ist ängstlich zwar klein, aber was uns stärker macht wie andere Marinen, das ist die Disziplin, der unbändige Gehorsam gegen die Vorgesetzten. So wird unsere Marine geübt und groß werden in der Friedensarbeit zum Nutzen und Wohle des Vaterlandes und im Kriege, so wie zu Gott hoffen wollen, um den Feind zu vernichten. Seid wie die alten Brandenburger!

Wilhelmshafen, 5. März. Der Kaiser begab sich um 3 Uhr vom Kasino zur Werft, wo sich im Beisein der Mitglieder des Schiffsbau-Departements, des Staatssekretärs Dollmann, der anwesenden Admirale und des Oberwerftdirektors v. Bodenhausen die Kielegung zu dem Schachtschiff „Erfas Preußen“ stattfand. Seine Majestät schlug das erste Niet in die Kielplatte. — Im Laufe des Nachmittags besichtigte der Kaiser noch in der Modellwerkstatt der Werft das Modell zu dem Steuen des Panzerschiffes „Erfas Preußen“. Hierauf besichtigte der Monarch das Panzerschiff „Weissenburg“ und begab sich dann auf Bord des Panzerschiffes „Kurfürst Friedrich Wilhelm“, auf welchem Se. Majestät übernachtet wird.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 5. März. Der politische sozialistische Agitator Pater Stojewski, der seit Jahren mit den galizischen Bischöfen in erbitterter Feindschaft steht und gegen den übermorgen in Lemberg ein Prozeß wegen Aufreizung zum Klassenkampf beginnt, theilt in seinem Blatte ein Telegramm des Kardinals Rampolla mit, worin ihm der Papst den erbetenen Segen erteilt. Stojewski fügte die Aufforderung an seine Leser hinzu: Die Herzen empor! Vertrauen wir, arbeiten wir, dulden wir; ergeben wir uns nicht; mit uns ist Gott, denn mit uns ist der göttliche Statthalter.

Triest, 5. März. In Folge der Vorstellung des Stadtrathes beim Papste gegen die slawenfreundlichen Bestrebungen des heiligen Bischofs wird die Kurie den Bischof ermahnen, sich jeglicher politischen Agitation zu enthalten. Diese milde Form erfolgt angeblich auf Einschreiten der österreichischen Regierung.

Sofobes-Basarhel, 5. März. Heute begann der Strafprozeß gegen die Sozialisten, welche im August v. J. das Stadthaus stürzten, die Freilassung ihres Führers und die Herausgabe der beschlagnahmten Schriften forderten.

Schweiz.

Bern, 5. März. Der Bundesrath gewährt dem internationalen Friedensbureau in Bern einen Staatsbeitrag von 1000 Franken.

Belgien.

Brüssel, 5. März. Wie heute in den Wandlungen der Kammer erzählt wurde, sollte heute Vormittag der Minister des Auswärtigen seine Demission gegeben haben, die indessen von den Könige nicht angenommen worden sei. — In oppositionellen Kreisen glaubt man bestimmt, daß in aller Kürze eine alte Ministerkrise ausbrechen werde, während in Regierungskreisen behauptet wird, daß das Kabinett nie so einig gewesen sei wie gerade jetzt. An eine Zurückziehung der Kongressvorlage denke man nicht.

Frankreich.

Paris, 3. März. Die Besetzung der Genannten gegen Deutschland läßt sich an dem Treiben der Chauvinisten ebenso sicher erkennen, wie an den Kundgebungen der Friedensfreunde. „Gil Blas“ hofft, in den Fragen der vom „Figaro“ eifrig begünstigten Beschädigung der Berliner Kunstausstellung durch die französischen Maler und der Theilnahme französischer Kriegsschiffe an den Kriegerfesten einen Stützpunkt für den Belag gefunden zu haben, mit dem er den „Figaro“ aus seiner festgegründeten Stellung herauslösen möchte, er hat deshalb eine methodische Dege ins Werk gesetzt. Man weiß, wie dergleichen gemacht wird. Zuerst kommt ein von vaterländischer Entrüstung durchdringter Artikel über die egypteressene Haltung des angeordneten Blattes, das vor Deutschland im Staube liege und dadurch den Schmerz und Unwillen aller guten Franzosen erregt habe. Dann wird von „unabhängigen“ zumittemmen Schreiben aus dem „Revue“ berichtet, ohne daß jedoch Eigenamen angegeben werden. Dies giebt Wichtigkeit, Reklamirerhabern und Narren den Gedanken ein, dem Blatte ebenfalls „zumittemmen zu schreiben“, und das Blatt beist sich, die Briefe an guter Stelle abzubringen. Endlich werden die Ausfrager mobil gemacht und zu Leuten geschickt, von denen das Blatt annehmen darf, daß sie sich in der Hebelstellung rachedürstender Unversöhnlichkeit gefallen. „Gil Blas“ hat dieses bewährte Programm von Punkt zu Punkt eingehalten. Er war der Reihe nach schmerzlich bewegt und entziffert und von zukünftigen Briefen ungenannter Leser überflutet; er erhielt dann wirklich Briefe und druckte sie salbungsvoll ab; jetzt sind die „Interviews“ an der Reihe und sie haben schon recht frisches Zeug zum Vorschein gebracht. Nach vor wenigen Jahren hätte „Gil Blas“ mit seinem Beginn großen Erfolg gehabt. Er wäre eifrig gelesen worden. An dem Briefsturm hätten sich alle Konfessionskreise betheiligt, die keine größere Genehmigung kennen als ihren Namen gedruckt zu sehen, zu den „Interviews“ wäre ein großer Andrang entstanden und der Ausfrager hätte an seinem jener Streber vorbeigehen dürfen, die nie leben wollen, wenn „berühmte Zeitgenossen“ zur Parade aufmarschieren. Heute ist nichts von dem argeren Verfall zu bemerken. Das Publikum bleibt gegen das Gezeppel des „Gil Blas“ gleichgültig oder zuckt die Achsel. Die Zustimmungen sind spärlich und von Namen ohne Bedeutung unterstärkt. Die Blätter, die von der Pflege des Chauvinismus leben, verpflichten sich von dem Feldzug des „Gil Blas“ keinen Gedebe zu erwarten und leisten dem Blatte gar nicht, ohne Eifer Verfolgung. Die Ebrerzigen aber, die sich hervorthun wollen, halten es für dankbarer, sich öffentlich gegen den „Gil Blas“ zu erklären, als ihm bezupflücken, und man erlebt Fälle, wie den des Bildhauers Marquet de Vasselot, der den Blättern schreibt, er verlasse die Gesellschaft der ephärischen Felder, und trete der des Marsfeldes bei, weil er in Berlin ausstellen wolle und seiner Unterschrift die Angaben beifügt: „Soldat von 1870—1, für seine Haltung im Kriege mit der Kriegs-Grennlinie ausgezeichnet“. Vaterländische Deltamation, die Komodie hand-

nistischer Erregung, posternende Beschimpfung der „Kauen und Vergesslichen“ ziehen also nicht mehr. Diese Feststellung hat vielleicht noch größere Bedeutung als die Verzeichnung des Beschlusses der Marsfeld-Gesellschaft.

Paris, 5. März. Die heutige Kammer-Sitzung wurde zum großen Theil ausgefüllt durch eine fast dreistündige Rede des Kommissionsberichterstatters Jules Roche über das Kriegsbudget. Jules Roche erklärte, die Präsenzstärke der französischen Armee sei der deutschen stark unterlegen. Seit 1887 übertriffe das deutsche Kriegsbudget das französische. Die deutsche Taktik sei auf die Offensive gerichtet. Der Redner bekräftigt das Gesetz von 1893, das eine wirkliche Revolution in der Gestaltung der deutschen Armee hervorgerufen habe. Die französische Armee sei durch die Schaffung der vierten Bataillone in achtzehn Regimenten auf eine Friedenspräsenzstärke von 543 000 Mann gekommen, das sei aber nur der scheinbare Bestand, da durch Entlassungen und Beurlaubungen die Effectivstärke auf 319 000 Mann heruntersänke. Die Zahl der Unteroffiziere und Feldwebel sei in Deutschland bedeutend höher als in Frankreich. Der Redner schließt mit den Worten: Alle Hoffnungen sind uns gestattet, vorangeht, daß wir stark genug sind, um unsere Freiheit zu wahren und den Tag zu erwarten, wo wir die Gerechtigkeit werden über die Kraft triumphiren sehen.

Obgleich es fast 7 Uhr ist, beginnt dann noch Cavaignac seine Antwortrede auf die Rede Roches. Er wendet sich gegen die von Roche angestellten Ziffern. Die deutsche Armee sei der französischen nicht derart überlegen, wie Roche es geschildert habe. Roche habe mit einem Federstrich die Kolonialtruppen unterdrückt, er habe auch die Marineuppen in seiner Rechnung vergessen. Nach Cavaignac beträgt die Differenz zwischen der deutschen und der französischen Friedensstärke nur 50 000 Mann. Es scheinen die Zeiten wiederkehren zu wollen, wo ganze Völker sich auf einander losstürzten. In Deutschland habe mehr als eine Million Wähler sich gegen die Militärausgabe ausgesprochen. In Frankreich scheine es Popularität, die man sich Einer rühre, neue Opfer für die Armee zu votiren. Redner erklärt um acht Uhr, morgen seine Rede fortsetzen zu wollen, und verläßt unter stürmischem Applaus der Linken die Tribüne.

Italien.

Rom, 5. März. Die Pariser Meldung, daß Italien wünsche, Verhandlungen mit Frankreich über die Abgrenzung der Einflußgebiete in Mafritia wieder aufzunehmen, ist unbegründet. Die hiesige Regierung hat neuerdings nur Anlaß gehabt, auf die im Jahre 1891 vollzogene Abmachungen hinzuweisen, denen französischen Vorschläge zu Grunde lagen.

Der vatikanische „Osservat. Rom.“ verherrlicht das deutsche Zentrum für seinen Antrag zum Schutze des Glaubens und der Familie. Laut „Osservat.“ glaubt außer den Freimaurern und den sogenannten Freidenkern jeder Freund der sozialen Ordnung an Gott, die Unverletzlichkeit und den religiösen Charakter der Ehe und der Familie; die Befestigung des Zweifels daran sei unantastbar, um den gesellschaftlichen Umsturz fernzuhalten.

Eine Amnestie ist für den Gebrüder des Königs beschlossen. Den kriegsgerichtlich Verurtheilten werden die Strafen bis zu fünf Jahren erlassen, die über fünf Jahre betragenden verfürzt. Rom, 5. März. Der Minister Cesare Cantu ist so schwer erkrankt, daß sein Ableben befürchtet wird.

San Remo, 5. März. Das Leichenbegängnis des Großfürsten Alexej wird mit großem Gepränge vor sich gehen. Der Kriegsminister verfügte, daß außer sechs Kompagnien der Garde von San Remo noch ein Bataillon Einheiten von Jägern und Wälfen und eine Deputation von Offizieren der Armee unter Führung eines Divisionsmarschalls von Genoa theilnehmen. Die zweite Division des aktiven Geschwaders, aus den Schiffen „Sardagna“, „Sauria“ und „Aretusa“ bestehend, traf heute ein, um der Leichenfeier beizumohnen. Die Matrosen der russischen Nacht „Moran“ halten die Totenwache. Siderem Vernehmen nach wird der Prinz von Wales aus Cannes zur Leichenfeier herkommen.

Spanien und Portugal.

Spanien scheint diesmal der Revolution auf Ruba rajah Herr werden zu sollen, wenn auch natürlich die von der Regierung inspirirten Deseffen nicht gleich für bare Münze zu nehmen sind. So verlautet aus Madrid: Das Freiwilligen-Korps auf Ruba habe dem Generalgouverneur seine Mithilfe zur Bekämpfung der Aufständischen auf Ruba angeboten. Der General der Vereinigten Staaten statete dem Ministerpräsidenten Sagasta einen Besuch ab und dem demselben die bedingungslose Unterstützung seiner Regierung in Betreff des Aufstandes auf Ruba an.

Etwas weniger günstig für Spanien klingt dagegen ein Drabbericht aus Tampa (Florida): Nach einer Meldung aus Ruba ist General Lacambre, Gouverneur des hiesigen Departements der Insel Ruba, den Wunden, welche er in dem Gefechte mit den Aufständischen in der Nähe von Guantanamo erhalten hatte, erlegen.

Madrid, 5. März. Das Komitee der Nordbahngesellschaft hat beschlossen, die früheren Sonderpreise wieder einzuführen.

Rußland.

Petersburg, 5. März. Ein Gesetz ist heute promulgirt, durch welches von diesem Jahre ab die Jahresrechnungen der Privatbahnen, welche der Reichskontrolle nicht direkt unterstellt waren, durch eine besondere Kommission bei der Reichskontrolle durchgesehen werden. Die Kommission wird gebildet aus zwei Mitgliedern seitens der Reichskontrolle, zwei seitens des Ministeriums der Verkehrswege und einem Mitglied seitens des Finanzministeriums.

Serbien.

Belgrad, 5. März. Der Finanzminister hat auf Anfrage des Ministerpräsidenten Grischitsch erklärt, daß die sogenannte Kasse für eine ordentliche direkte Steuer sei. Es wird nun bei der Berechnung des Wahlgeldes nicht berücksichtigt; die Radikalen beklagen dadurch eine Verminderung ihrer Wählerzahl. Der Zeitpunkt der Einführung der Wahl und der Stichwahlberechnung wird erst nach König Alexanders Rückkehr festgestellt werden.

